

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 91 (2011)
Heft: 983

Artikel: Über "soziale Gerechtigkeit"
Autor: Scheu, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735177>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedankensplitter

Über «soziale Gerechtigkeit» – von René Scheu

Die charmante Pascale Bruderer, Nationalrätin, höchste Schweizerin des Jahres 2010 und vom Schweizer Fernsehen zur Politikerin des Jahres gewählt, hat jüngst in einem auffallend zahm geführten «Weltwoche»-Interview zu Protokoll gegeben: «Bei aller Breite haben wir [von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz] ein starkes gemeinsames Ziel: den Einsatz für eine gerechte Gesellschaft.» Das Engagement für mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt eint alle Genossen. «Soziale Gerechtigkeit» ist ein Leitbegriff des neuen SP-Parteiprogramms. Schade nur, dass er an keiner Stelle näher definiert wird. Seine Legitimität wird vorausgesetzt, oder vielleicht sollte man besser sagen: gesetzt. «Soziale Gerechtigkeit» heisst «Verteilungsgerechtigkeit», also Umverteilung. Woraus folgt: Umverteilung – also den einen nehmen und den anderen geben – ist nicht begründungspflichtig, sondern selbstverständlich «gerecht», da «sozial».

So oder ähnlich wird heute gerne argumentiert, nicht nur in Parteiprogrammen, sondern auch im Fernsehen, in Zeitungen, in Studien. Interessant und symptomatisch ist eine eben erschienene Studie der von der Linken als konservativ verschrienen deutschen Bertelsmann-Stiftung mit dem Titel «Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?».* Die Studie unternimmt den Versuch, den Begriff der «sozialen Gerechtigkeit» jenseits einer «gleichmachenden Verteilungsgerechtigkeit» und einer «lediglich formalen Chancengleichheit durch gleiche Spiel- und Verfahrensregeln» näher zu bestimmen. Dabei werden fünf Kriterien angewandt: Armutsvermeidung, Bildungszugang, Arbeitsmarktinklusioin, soziale Kohäsion und Gleichheit, Generationengerechtigkeit.

Zum Soziologenjargon später, verweilen wir vorerst bei den Resultaten der Studie, die durchaus verblüffend sind. Deutschland, in dem sich sämtliche Parteien von links bis rechts sozialdemokratisiert haben (wovon sich zuweilen bloss noch einzelne Exponenten von «Die Linke» peinlich, aber insofern auch wohltuend abheben), kommt dabei schlecht weg. Es liegt auf Platz 15 im Mittelfeld der OECD-Länder – knapp vor Ungarn, Italien oder Portugal. Anders die Schweiz. Sie belegt gleich nach den skandinavischen Ländern – den Bastionen des Etatismus in Europa – Rang 7. Das müsste unseren deutschen Nachbarn zu denken geben. Wie kann es sein, dass ein freiheitlich organisiertes Land «sozial gerechter» ist als ein sozialdemokratisches? Aber wir wollen nicht bloss auf andere zeigen, denn das Resultat der

Studie müsste auch uns zu denken geben. Wie kann es sein, dass ein Land, das sich nach wie vor einiges auf seine freiheitliche Verfassung einbildet, so «sozial» ist wie die Umverteilungsmaschinerien im hohen Norden?

Damit sind wir beim Kern des Problems. Der pseudo-neoliberale Jargon der Bertelsmann-Studie vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass hier sozialdemokratisches Denken zelebriert wird. «Soziale Gerechtigkeit» sei nicht «Verteilungsgerechtigkeit», sondern «Teilhabegerechtigkeit», so haben wir gehört, allein – ich zitiere – «staatliche Umverteilungsmassnahmen sind dabei durchaus in dem Konzept der Teilhabegerechtigkeit vorgesehen – allerdings nicht in einem alimentierenden, sondern in einem investierenden Sinn». Aha. Und im Folgesatz wird dann doch noch offen ausgesprochen: «Das Konzept der Teilhabe legitimiert die Umverteilung von Ressourcen innerhalb eines Gemeinwesens als notwendigen Mitteleinsatz zur Befähigung aller, ihre Chancen auch tatsächlich nutzen zu können.» Also durch Verteilungsgerechtigkeit. Also durch Umverteilung. Also durch nichts Neues.

Die Sozialdemokratie hat mittlerweile die «kulturelle Hegemonie» (Gramsci), also die Deutungshoheit darüber, was «sozial», was «gerecht», wieviel «Freiheit» also zulässig ist. Um dies zu erkennen, dafür hätte es freilich keiner Bertelsmann-Studie bedurft. Der Ökonom Friedrich August von Hayek hat bereits in den 1960er Jahren festgestellt, dass der Begriff der sozialen Gerechtigkeit nicht trotz, sondern wegen seiner Unklarheit zum Leitbegriff der Sozialdemokratie avancierte. Er eignet sich besonders dazu, so Hayek, «Sonderansprüche zu rechtfertigen, ohne dass man diese begründen müsste».

All jenen politisches Kalkül unterstellen zu wollen, die den Begriff benutzen, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Interessant ist Hayeks Herleitung der emotionalen Verankerung der Idee der «sozialen Gerechtigkeit». Die Idee stammt ihm zufolge aus dem Denken der Stammesgesellschaft, in der eine strenge, hierarchische Ordnung herrschte und sämtliche Mitglieder eines Stammes ihre individuellen Ziele den Zielen des Kollektivs bzw. des Anführers unterzuordnen hatten. Der Glaube an die «soziale Gerechtigkeit» ist ein Atavismus! Das wäre doch mal eine Studie wert: zu zeigen, wie unsere Fortschrittsideen aus der Prähistorie stammen...

*www.bertelsmann-stiftung.de

Jubiläum 2011

90 Jahre SCHWEIZER MONATSHEFTE

Neulancierung – ab März im neuen Kleid



«Schon wieder eine neue Zeitschrift! Gibt es denn deren nicht schon genug?» Mit diesen Worten beginnt Seite 1 der «Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur» in Heft 1, April 1921. Die Antwort ist damals wie heute dieselbe: Nein! Da es nie genug gute Ideen gibt, kann es auch nie genug gute Zeitschriften geben. Das Nein ist deshalb zugleich ein entschiedenes Ja – es ist Zeit für einen Neubeginn!

Was als ambitioniertes Printprojekt in einer Schreibstube begann, hat sich über beinahe ein Jahrhundert zu einem publikumswirksamen Monatsmagazin entwickelt. Dabei sind wir unserem Anspruch treu geblieben: sachlich, unabhängig und kritisch zu sein mit dem Ziel, Sie, liebe Leser, zum Nachdenken anzuregen.

90 Jahre, 983 Ausgaben und eine Tradition von über 2000 Autoren und 100'000 gedruckten Seiten: vor dem Hintergrund dieser Geschichte, mit der Überführung des ehemaligen Trägervereins in die SMH Verlag AG und personellen Neukonstellationen in der Redaktion gehen wir nun einen Schritt weiter.

In der Hand halten Sie die letzte Ausgabe der «Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik Wirtschaft Kultur» vor dem Relaunch. Am 1. März erscheint die rundum erneuerte Jubiläumsausgabe unseres Magazins erstmals in neuem Kleid. Freuen Sie sich also mit mir auf die neuste älteste, ununterbrochen erscheinende Monatszeitschrift zwischen Basel, Chiasso, Genf und Scuol mit Ausstrahlung weit über die Schweiz hinaus: der März wird ein Schweizer Monat!

*René Scheu
Herausgeber & Chefredaktor*

Mit Köpfchen

Auch in Zukunft

Herzlichen Dank an unsere treue Leserschaft, unsere Autoren, Gesprächspartner und Künstler